

## Anlage 2

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

am 19.02.2010 – Punkt 2 ö. S. –

---

### **E t a t r e d e 2 0 1 0**

des Ratsmitgliedes Christian Altmaier

namens der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Koblenz,  
meine sehr verehrten Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt,

**„Stadtrat beschließt Tränenliste mit 400 Sparvorschlägen“**

**„Aus für beliebtes Waldschwimmbad – Stadtrat lässt Bürgerinteressen baden gehen“**

**„Peinlich für Koblenz: Stadtrat schließt Museum“**

**„Verwaltung zwingt Stadtrat zum Sparen“**

**„Schwimmen wird kälter und teurer – Sparmaßnahmen lassen Wassertemperaturen sinken“**

**„Rat beschließt einstimmig: Service sinkt – Gebühren steigen“**

**„Sportvereine gehen leer aus – Stadt kann keine Investitionen mehr unterstützen“**

**„Letzter Vorhang für das Stadttheater –  
Rat beendet nach heftiger Debatte 200jährige Kulturgeschichte“**

Schlagzeilen, sehr geehrte Damen und Herren, die wir in Koblenz **nicht** produzieren. Sehr zum Leidwesen für Sie, Herr Schneider, Herr Pape, liebe Medienvertreter, ist es in Koblenz nicht alles so dramatisch, wie es dieser Tage gerne dargestellt wird.

Ja, es ist wahr: Die Haushaltssituation 2010 ist nicht erfreulich.

Ja, es ist wahr: Diese Haushaltssituation ist vor allen Dingen darin begründet, dass uns wegen der Wirtschaftskrise **Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer weggebrochen** sind.

Man darf darüber streiten, ob wir im Jahr 2010 tatsächlich ein Horrorjahr vor uns haben, wie Sie es, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bei Einbringung des Haushaltsentwurfes nannten.

Im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik sind wir hier fast auf einer Insel der Glückseligen.

Nehmen Sie sich die Liste zur Hand, machen Sie einen Blick in den Verschuldungsstand beispielsweise von 1998 bis 2008 sind wir in den Eigenbetrieben von 80 Mio. Euro Schulden kommend über 60 Mio. Euro abgebaut auf 19,2 Mio. Euro. Und in welcher anderen Stadt ist das so möglich gewesen.

Wagen wir einen Blick nach **Duisburg**:

Dort legt ihr Amtskollege, Oberbürgermeister Adolf Sauerland (von der CDU), dem Stadtrat ein Sparkonzept vor, dass es kracht! Hier werden tatsächlich Konzepte erarbeitet, bei denen Schwimmbäder geschlossen, Eintrittspreise in kommunale Einrichtungen drastisch erhöht werden und Serviceeinrichtungen der Stadt für die Bürger weniger Dienstleistung bieten.

In **Wuppertal** hat der Stadtrat beschlossen, dass das Schauspielhaus den letzten Vorhang fallen lassen wird. Ferner wird in fünf Schwimmbädern das letzte Mal Wasser ins Becken gefüllt. In Wuppertal musste CDU-Oberbürgermeister Peter Jung ebenfalls ein Haushaltssicherungskonzept wie in Duisburg erstellen und dem Stadtrat aufzwingen. Dort brennt die Hütte wirklich, meine Damen und Herren.

Die Präsidentin des Städtetages, die **Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth** (CDU), hat mehrfach auf die dramatische Situation der kommunalen Haushalte hingewiesen.

**Doch diese Situation der Städte und Gemeinden ist sicherlich nicht hausgemacht!**

Wer mit dem Finger jetzt auf die ehrenamtlichen Ratsmitglieder zeigt oder den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern der Republik vorwirft, sie hätten ihre Städte in den Ruin geführt, der irrt.

Wir haben als Stadt Koblenz – wie alle anderen Städte auch – „von oben“ zusätzliche Aufgaben aufgebürdet bekommen:

**Solidarpakt Ost**

**Hartz-IV-Gesetze**

**Betreuung von Kleinkindern**

**und vieles weitere mehr!**

Es hilft jetzt auch nicht, als Stadtrat mit dem Finger auf die Bundes- und die Landesregierungen zu zeigen und „haltet den Dieb“ zu rufen!

**Es braucht einen überparteilichen Pakt**, der den jeweiligen Regierungen zeigt, wie wichtig eine **solide und dauerhaft sichere Finanzierung der Kommunen ist**, um ein lebendiges und funktionierendes Gemeinwesen in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Koblenz hat Glück, dass es in Rheinland-Pfalz liegt.

**Die Landesregierung bekennt sich**, im Gegensatz zu Städten in NRW, Hessen oder Baden-Württemberg, „zu ihrer Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der **Gemeinden**“, so der stellv. Ministerpräsident und Innenminister Karl-Peter Bruch.

2004 wurde das Konnexitätsprinzip eingeführt: **Wer bestellt, der bezahlt**. Mit „Beistandspakt“ und „Stabilisierungsfonds“ hat das Land den Gemeinden geholfen und hilft aktuell. Im Gegensatz zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz – dazu später mehr – wird dieser „Stabilisierungsfonds“ Rheinland-Pfalz von Finanzexperten gelobt. Die Landeszuweisungen steigen, sowohl von 2008 auf 2009, als auch 2010 um weitere 18 Millionen Euro für die Städte und Gemeinden. Schwarz-Gelb in Hessen kürzt die Finanzausweisungen an die Kommunen um 400 Millionen Euro, Baden-Württemberg um 405 Millionen Euro.

**Die SPD-Landesregierung in Rheinland-Pfalz steht an der Seite der Kommunen und warnt die Bundesregierung vor weiteren Steuersenkungen! ---**

Sie, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger müssen diese Steuersenkungen mit höheren Gebühren oder durch Schließung von Einrichtungen – wie eben anhand der Beispiele aus anderen Städten – bezahlen.

**Wir Koblenzer können Stolz darauf sein, dass wir in den vergangenen Jahren eine solide Finanzpolitik gelebt haben. ---**

Herr Oberbürgermeister, dies ist ganz sicher ein Verdienst, der Ihnen zuzuschreiben ist. Wir, Ihre sozialdemokratische Ratsfraktion, haben Sie seit Ihrem Amtsantritt 1994 in Ihrem zielstrebigem Handeln unterstützt und auch schwere Einschnitte seit mehr als 15 Jahren mitgetragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich an Haushaltsberatungen, wo aus der CDU-Fraktion jede Menge Vorschläge kommen und es immer hieß: „Die Bürger wollen das, die Bürger wollen das.“ Wir haben das in den letzten Jahren praktiziert und nicht alles mitgemacht, was als Mehrung vorgeschlagen wurde.

Ich will hier an das „Soldatenbad“ in Horchheim erinnern, das geschlossen worden ist und dann als „Schwimmtümpel“ wieder ausgebaut werden sollte. Wir mussten erst einmal diese bittere Pille schlucken, um den Haushalt zu konsolidieren, den der Oberbürgermeister vom Amtsvorgänger übernommen habe.

Hier haben wir – gegen den Protest der Bevölkerung – gestanden!

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn in den letzten Wochen und Monaten stets von der prekären Haushaltslage der Stadt geschrieben und gesprochen worden ist, gerne auch von den kleinen Fraktionen im Stadtrat, dann wären die Haushaltsberatungen der Ort gewesen, um konkrete Sparvorschläge für den Haushalt 2010 zu machen.

Ich verlese die Liste der Sparvorschläge von BIZ, Grünen und FDP:

---

Wenn die FDP heute, um, 11:55 Uhr in einer eMail kurzfristig einen Antrag beschließen will, der umfangreiche Sparmaßnahmen vorsieht, dann ist das Augenwischerei, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP. Diesen Antrag kann man nicht heute kurzfristig beschließen, diesen Antrag hätten Sie WÄHREND der Haushaltsberatungen einbringen müssen! Denn dort ist der richtige Zeitpunkt, gerade dann, wenn Sie eine Horrorsparliste vorlegen wollen.

Grundsätzlich ist der Gedanke zutreffend. **Wie ich bereits ausführte, müssen alle Fraktionen im Rat an einer Haushaltskonsolidierung arbeiten.** Für uns ist dies nicht neu, wir praktizieren dies im Handeln als SPD-Fraktion. Wir haben z.B. im Haupt- und Finanzausschuss eine Sparliste beraten, die von der Verwaltung vorgelegt worden ist. Also ist das auch nicht neu, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Da sind wir durch alle Gebührenpositionen einzeln gegangen und haben überlegt, wo können wir zusätzliche Einnahmen erzielen, um diesen Haushalt von der ADD genehmigungsfähig zu machen. Da waren dann aber viele gewesen, die sich in den Büschen versteckt und gesagt haben, dem können wir aber nicht zustimmen. Das ist leider die Realität der Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss gewesen.

Sie sehen, auch wenn Ihnen, liebe Koblenzerinnen und Koblenzer, in den folgenden Reden viele Dinge vorgetragen werden, wo die Stadt hätte sparen können oder welche Entscheidungen zu treffen gewesen wären, so sind diese nur im Konjunktiv vorhanden und wurden nicht konkret gemacht.

**Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von BIZ, Grünen und FDP liegt das Reden und Handeln meilenweit auseinander.**

Wenn Sie den Menschen in der Stadt Angst einjagen, in Koblenz seien wir kurz vor dem Konkurs und die Stadt ist zahlungsunfähig, dann ist dies überflüssige Panikmache!

Wenn Sie glaubwürdige Politik für Koblenz machen wollten, hätten Sie bei den Haushaltsberatungen mit konkreten Maßnahmen glänzen können, wie die Stadt aus der angeblichen „Schuldenfalle“ heraus kommen könnte.

Schauen wir uns die Realität an:

Koblenz wurde vom Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Herrn Manfred Graulich, ausdrücklich gelobt, ein eigenes „grünes Konjunkturpaket“ auf die Beine gestellt zu haben:

Die **Bundesgartenschau 2011**. Jeder Euro ist gut investiertes Geld! Wir, die SPD, sind sehr froh darüber, dass wir für die Bundesgartenschau gestimmt haben und wir uns auf den 15. April 2011 freuen können.

Viele Maßnahmen, die nunmehr in der Umsetzung sind, wären in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht gekommen.

Nehmen Sie den Bereich „**Bildung**“:

Hier ist Koblenz vorbildlich. Mit dem Koblenzer Modell sanieren wir Zug-um-Zug die Schulgebäude. Wo in anderen Städten über die Schließung von Schulen gesprochen wird, modernisieren wir die „Hardware“, sorgen für eine angenehme Lernatmosphäre. Koblenz ist eine Bildungsstadt.

Blicken wir in andere Städte, wie etwa in Duisburg, liebe FDP, dort sollen **Schulschließungen** 12 Prozent zur Haushaltssicherung beitragen.

Auch in der Kultur bleibt Koblenz spitze!

Während in der eben von mir erwähnten Stadt Duisburg im Haushaltsentwurf 2010 satte 2,5% beim Kulturetat gekürzt werden müssen, bleibt es in Koblenz bei einer soliden Finanzierung für unsere Kultureinrichtungen.

**Wir erhalten das Theater** mit seiner mehr als 200jährigen Tradition.

**Wir sind Stolz** auf das Museum Ludwig, die Volkshochschule, das Stadtarchiv, die Musikschule und wir wollen am Zentralplatz dem „Mittelrhein Museum“ die dringend benötigte neue Herberge und Zukunft im Kulturbau geben.

Wenn es in Koblenz wirklich alles so katastrophal wäre mit den Finanzen, dann könnten wir uns diese Einrichtungen nicht mehr leisten. Sie wären, wenn man der reinen finanzpolitischen Lehre folgt, eine Art der „Freiwilligen Leistungen“. Denkbar sie einzusparen. Andere Städte sind dazu gezwungen. **Wir wollen dies nicht!**

Wir Koblenzer können aber auch in 2010 und den folgenden Jahren den vielen Vereinen, nicht nur im Kulturbereich, sondern auch im Sport, Unterstützung zukommen lassen und damit die wichtige Arbeit der ehrenamtlich Aktiven dort hierdurch anerkennen.

Wie in den vergangenen Jahren auch, hat die SPD-Fraktion in diesem Jahr in den Haushaltsberatungen jeder Mehrausgabe auch eine Minderausgabe, eine Möglichkeit zum Einsparen aufgezeigt.

Hierzu zählt der **Schienenhaltepunkt Verwaltungszentrum**.

Er ist wünschenswert! Er mag ökologisch sinnvoll sein, wenngleich es zu prüfen gilt, ob er auch wirklich so intensiv angenommen wird, wie es erhofft wird.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Was wollen wir hier alles investieren?

Wir haben eine sehr umfangreiche Debatte im Haupt- und Finanzausschuss den Beschluss gefasst, dass wir den angesetzten Kaufpreis von 95,- EUR pro Quadratmeter nicht machen und **wir konnten somit eine Einsparung von 1,4 Millionen bewirken.**

Die SPD-Fraktion will das Projekt konstruktiv begleiten, aber wir sollten uns als Stadt hier von der Deutschen Bahn AG nicht über den Tisch ziehen lassen!

Mal wieder wird hier deutlich, dass Privatisierung von Staatseigentum nicht der Königsweg ist, nicht die Eier-legende-Wollmilchsau.

Im Gegenteil: Nicht nur am Schienenhaltepunkt Verwaltungszentrum erleben wir noch vor dem Eintritt in eine „Heiße Phase“ des Projektes, was wir leider beim Schienenhaltepunkt Stadtmitte erleben: Der Staatskonzern Bahn AG ist aufgrund der Kapitalinteressen kein anständiger Verhandlungspartner. An vielen Stellen in der Stadt konnten und können wir es erleben – Stichwort sei hier der Straßendurchbruch zur Beatusstraße – wie schwierig Stadtgestaltung mit der Bahn ist.

Ein anderes Umding ist das Verhalten der BiMA. Wir sind dem Wunsch der Bürger nachgekommen und öffnen das Schloss. Es waren harte Verhandlungen, wir wollen die Maßnahme dennoch umsetzen. Aber dieses Schloss hat, von der BiMA verwaltet, einen hohen Preis gehabt und dieses Volkseigentum pachten wir jetzt für teures Geld an. Aber wir wollten diesen Kongressstandort mit der Rhein-Mosel-Halle stärken.

Wir wollen das städtische Eigentum, also das Vermögen der Koblenzerinnen und Koblenzer mehren. Dazu zählt nicht nur das Investieren in viele städtische Liegenschaften, sondern auch der Erhalt einer starken Stadt. Durch effiziente und bürgernahe Eigenbetriebe, wie etwa die Koblenz-Entsorgung oder durch kommunale Beteiligungen. Denn hier liegt ein hohes Potential an Gestaltungsmöglichkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Wider den Beschlüssen des Haupt- und Finanzausschusses und des Stadtrates im letzten Jahr, hatte die CDU auch in diesem Jahr **wieder einen vermeintlich ökologischen – aber nicht logischen – Vorschlag** eingebracht: „Eine Abwrackprämie für weiße Ware“. Vorgetragen vom umweltpolitischen Gewissen der CDU-Fraktion, dessen Beitrag zum CDU-Kommunalwahlprogramm in letzter Zeit sehr oft von unserem ehemaligen Ratskollegen Huffer-Kilian zitiert worden ist. Sie erinnern sich: „Die Christliche Schöpfung bewahren.“ Herr Huffer-Kilian fordert Ihren Rücktritt, Herr Prümm, weil Sie nunmehr die Bäume fällen

lassen, obwohl Sie als Christdemokrat und als Bewerber um das Amt des Baudezernenten versprochen haben, sich für den Erhalt der Schöpfung einzusetzen.

Diese Schöpfung war Ihnen aber in den letzten Jahren völlig egal, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Oberbürgermeister Schulte-Wissermann hat ein Umweltamt in dieser Stadt eingerichtet, was sie aus ideologischen Gründen bis aufs Blut bekämpft haben. Die Einrichtung einer Passivhaussiedlung war für die CDU Teufelswerk.

Doch nunmehr inszeniert sich die Union als Wandlung vom betongrauen Saulus zum halbgrünen Paulus und kümmert sich im ökologischen Mainstream, wie die angebliche „Klima-Kanzlerin“, um die Rettung der Umwelt.

**Um die Schöpfung zu retten, will die CDU also eine Abwrackprämie einführen.**

Gottlob hat der HuFA auch 2010 mit deutlicher Mehrheit diese abstruse Idee abgelehnt. Denn wer könnte kontrollieren, ob nicht die Schwiegermama in der Goldgrube für die Tochter in Lahnstein den alten Herd noch versilbert? Es wäre nicht kontrollierbar und darüber hinaus eine zusätzliche „Freiwillige Leistung“, die von der ADD abgelehnt würde. Hier sind andere Lösungen gefragt, die aber die CDU nicht umsetzt.

Und hier kommen unsere kommunalen Beteiligungen ins Spiel. Obwohl auch die CDU eine Vertreterin in das Aufsichtsgremium entsendet, ist es unserem Ratskollegen Gerhard Lehmkühler zu verdanken, dass die KEVAG nunmehr ein Programm auflegen will, welches bei Bezug des Koblenzer Stroms der KEVAG, auch eine Prämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte zahlt.

**So macht man Kommunalpolitik. Nicht nur ankündigen, sondern auch handeln!**

Hierzu zählt auch das Thema Schwimmbadneubau. Wir wollen, dass die Koblenzer auch in Zukunft in Koblenz schwimmen gehen können.

Wir wollen nicht, dass die Koblenzer in Mülheim-Kärlich – **baden – gehen.**

Insofern werden wir uns auch weiterhin um dieses Thema kümmern, daran mitwirken, dass es in Zukunft in Koblenz wieder ein modernes Schwimmbad für alle Koblenzerinnen und Koblenzer gibt, ohne den städtischen Haushalt damit vor eine unlösbare Aufgabe zu stellen.

Die SPD-Fraktion hatte bereits 2006 dazu entsprechende Anregungen gegeben, wäre Politik und Verwaltung hier stärker seit an seit marschiert, müssten wir nicht für kommenden

Dienstag zu einer Informationsveranstaltung einladen, wir hätten dann schon längst ein neues Stadtbad eröffnet.

Erlauben Sie mir noch ein Beispiel, welches mich persönlich verwundert hat in den Haushaltsberatungen:

Die CDU hatte im Rat beantragt, dass die Stadt sich des Themas „Stadtmarketing“ stärker widmen soll. Wir haben eine Fremdimageanalyse beauftragt, viele Sitzungen im Werkausschuss Koblenz-Touristik verbracht und nunmehr, wo die Verwaltung den Auftrag der Gesamtheit des Stadtrates mit Einstellung von 50.000,- EUR für ein „Corporate Design“ umsetzen will, fordert die selbe CDU, dass diese Mittel gestrichen werden.

Die Wirtschaftskrise als Argument. Tokyo ist soweit weg und mancher CDU-Ratsherr jetzt in der zweiten Reihe.

Meine Damen, meine Herren,

wir haben als Stadtrat auch eine Verpflichtung, die Verwaltung eng zu begleiten. Daher werden wir Sozialdemokraten auch danach fragen, wie viele Dienstleistungen extern vergeben worden sind.

Denn in den Haushaltsberatungen ist es bereits soweit gewesen, dass externe Dienstleister im Sitzungssaal den Austausch von Kaffeetassen und Gläsern durchgeführt haben.

Wir sind der Auffassung, dass es vielleicht auf den ersten Blick kostengünstiger sein mag, wenn man eine Aufgabe nach draußen vergibt.

Doch mit welchen Folgewirkungen? Wird der externe Dienstleister denn auch ordentlich bezahlt oder landet er als sog. „Aufstocker“ dann doch wieder bei der Stadt und muss Mietkostenzuschuss beantragen, weil sein Arbeitsplatz nicht genug Einkommen bedeutet?

Hier müssen wir als Stadtrat aufpassen. Wir sind der Meinung, dass eine Stadtverwaltung auch Vorbild sein muss, Vorbild für private Unternehmen. Es muss auch bei der Stadtverwaltung einfache Beschäftigungsverhältnisse geben, die Menschen eine Chance geben.

Denn wenn wir diese Chancen nicht gewähren, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird uns dieses Thema im Bereich „Altersarmut“ und damit Grundsicherung wieder einholen in

den nächsten Jahren. Hierzu könnte uns Frau Bürgermeister Hammes-Rosenstein aus Ihrem Sozialbereich einiges berichten.

Wir werden die Verwaltung also um ausführliche Stellungnahme bitten und vor allen Dingen keine zusätzlichen Privatisierungen ohne weiteres zulassen. Wir sprechen uns daher auch für den Erhalt der Druckerei aus.

Es gibt viele Themen die anzusprechen wären.

Ich konzentriere mich auf ein Letztes:

### **Die Rheinanlagen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sind in der glücklichen Lage, dass Kaiserin Augusta uns die schönsten Rheinanlagen zwischen Quelle und Mündung von Vater Rhein geschenkt hat.

### **Sie sind ein echter Volkspark, als solcher auch von der Bevölkerung angenommen.**

Die Rheinanlagen sind für die Koblenzerinnen und Koblenzer eine beliebte Naherholungsmöglichkeit und gerade wenn während der BUGA 2011 viele Bereiche eintrittspflichtig sind, sollten wir die Rheinanlagen attraktiv gestaltet haben.

Dieser Volkspark dient auch dem körperlichen und geistigen Wohlbefinden der Bevölkerung, so wie es Kaiserin Augusta wünschte.

Die SPD will, dass die Rheinanlagen zur BUGA 2011 wieder ihre alte Pracht haben und als künstlich angelegter Volkspark die Bevölkerung erfreuen. Diese Forderung ist seit Jahren unsere Politik:

Die SPD-Fraktion hatte im Mai 2007 bereits den Antrag gestellt, dass eine grundlegende Sanierung des Schwanenteiches vorgenommen wird und noch in ihrer Haushaltsrede 2007 für den Haushalt 2008 sprach FDP-Frontfrau Biggi Hoernchen davon, (ich zitiere) „**Koblenz promeniert**. Die Zeit bis zur BUGA wird knapp. Hoffen wir, dass bis Herbst 2010 die Rhein – und Moselanlagen ansprechend bepflanzt und bebaut sind. Die im Haushalt 2008 vorgesehene Fontäne im Schwanenteich wird sicher eine Attraktion für die Spaziergänger – mit dem positiven Nebeneffekt, dass sie das Gewässer belüften wird.“

2007 hatte die FDP also auch erkannt, wie wichtig die Gestaltung der Rheinanlagen ist.

Im Mai 2009 hat die SPD wiederum beantragt, dass die Rheinanlagen bis zur BUGA 2011 aus einem Guss zu gestalten sind. Auch dieser Antrag wurde einstimmig im Rat unterstützt.

Noch im Wirtschaftsplanentwurf für den Eigenbetrieb 67 waren auskömmliche Mittel für die Realisierung dieses einstimmigen Stadtratsbeschlusses vorhanden, der Werkausschuss hatte dem mit deutlicher Mehrheit zugestimmt.

Doch im Entwurf für den Haushalt 2010 wurden die Mittel drastisch gekürzt. Mit dem nunmehr vorhandenen Ansatz wird das Ziel des Stadtrates, die Anlagen bis 2011 zu sanieren, nicht erfüllbar sein. Denn es wird dann nur dafür ausreichen, ein bisschen was zu machen und wenn man den Leinpfad entsprechend mit allen Wegen sanieren möchte, brauche man dennoch eine Million Euro zusätzlich zu diesem Ansatz. Mit den 700.000 Euro bekomme man nur Flickwerk hin.

Wenn wir heute nicht den Mut haben, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, eine Erhöhung des Ansatzes zu beschließen, werden wir wohl in den Folgejahren keine Gestaltung der Rheinanlagen erleben. Der Mut wird uns dann fehlen, ein Flickenteppich unterschiedlichster Gestaltungen wird und dann zwischen Pfaffendorfer Brücke und Schwanenteich die Realität sein. So ist es von dem Werkleiter des Eigenbetriebes 67 vorgetragen worden, dass das Geld eben nur für einzelne Bereiche, die jetzt schon begonnen worden sind, reicht. Und wenn wir den Leinpfad und die übrigen Wege dazu sanieren wollen, wenn man sich auf diesen Konsens einigen kann, brauche man dennoch 1 Mio. Euro mehr.

Die von Ihnen 2007 erhoffte Fontäne, wird auch in 2011 dann nicht Wirklichkeit sein, sehr geehrte Frau Hoernchen, es sei denn Sie stimmen heute zu!

Insofern beantragt die SPD-Fraktion, dass wir im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes 67 den Ansatz für die Herrichtung der Rheinanlagen um 2 Mio. EUR erhöhen und damit den alten Ansatz wieder herstellen, der im Werkausschuss mit deutlicher Mehrheit beschlossen worden ist.

Denn es ist schon bemerkenswert:

Im Wirtschaftsplan eines anderen Eigenbetriebes, dem EB 83, haben wir erhebliche Millioneninvestitionen für die dringend erforderliche Sanierung und Erweiterung der Rhein-Mosel-Halle etatisiert. Mit inbegriffen sind rund 1.000.000,- EUR für die Gestaltung der

Außenanlagen mit Schaffung eines Kongressgärtchens, für Erholung suchende Kongressteilnehmer.

Die Gesamtfläche der Außenanlagen der RMH sind etwa 11.875 m<sup>2</sup>.

Die Rheinanlagen haben eine Gesamtfläche von 70.138 m<sup>2</sup> und könnten für 2.000.000,- EUR saniert werden.

Die SPD will die neue Rhein-Mosel-Halle, die SPD will auch die Gestaltung der Außenanlagen.

Denn wir haben für die rechte Rheinseite, den sog. „Rheinanlagen in Ehrenbreitstein“ bereits 1,2 Mio. Euro im Etat der BUGA2011 verplant und werden gemeinsam mit dem Land und dem Förderprogramm UNESCO-Welterbestätten vor dem Dikasterialgebäude im Dahl weitere 1,4 Mio. Euro zur Gestaltung investieren.

Überdenken Sie, liebe Ratskolleginnen und Kollegen Ihre Haltung zu unseren Rheinanlagen. Lassen Sie uns den Wirtschaftsplan auf den alten Ansatz zurückführen.

Die Haushaltsberatungen sind von Berliner Beschlüssen eingeholt worden.

Das angebliche Wachstumsbeschleunigungsgesetz, ich will es hier lieber Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz nennen, ist wie ein Knüppel zwischen den Beine der Kommunen.

Obwohl alle Experten der Republik vor der angeblichen „Traum-Koalition“ aus Schwarz und Gelb, mit Angela, Horst und Guido gewarnt haben, wurde dieser finanzpolitische Harkirirkurs beschlossen.

Mit katastrophalen Folgen: Den Kommunen fehlen nunmehr Milliardensummen in ihren Haushalten, weil die drei von der Krampfstelle in Berlin, Wahlversprechen einlösen wollten, wie etwa die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Stundenhotels.

Die Axt wurde auch an die Gewerbesteuer- und Einkommenssteueranteile im Koblenzer Haushalt angesetzt. Insgesamt fehlen wegen dieser Bundesregierung 1,3 Millionen Euro zusätzlich im Stadtsäckel. Das hat uns in den Haushaltsberatungen eingeholt.

Insofern werden wir auch der Erhöhung der Grundsteuer B zustimmen als SPD-Fraktion, weil wir diesen Haushalt auch genehmigt wissen wollen durch die ADD. Das ist seit langem eine Forderung der ADD. Wenn wir diese Forderung nicht erfüllen, dann wird es schwieriger mit der Haushaltsgenehmigung. Wir hatten das eben in dieser Liste, die die Verwaltung in den Haushaltsberatungen vorgelegt hat und diese Erhöhung würde 1,3 Mio. Euro bringen. Insofern ist das die finanzpolitische Notwehr gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung.

Richten Sie Ihren Dank gerne an den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Fuchs, der im Exklusivinterview der Rhein-Zeitung noch keck behauptete, dass diese drastischen Einnahmeverluste bei der aktuellen Haushaltslage ohnehin nicht so dramatisch wären.

Derselbe Herr Fuchs, dem es völlig gleichgültig ist, dass die Wehrtechnische Studiensammlung in Koblenz verbleiben kann, aber nur dann, wenn die Stadt mit einer Million zur Seite springt.

Es wäre eine echte Hilfe aus Berlin, wenn Herr Fuchs endlich einmal etwas für seinen Wahlkreis erreichen wollte, als nur dauernd in der bundesweiten Presse heiße Luft zu produzieren.

Es ist aber dramatisch, wenn CDU und BIZ der Erhöhung der Grundsteuer B nicht zustimmen.

Es ist unverantwortlich.

Da die BIZ ja Fleisch aus dem Fleische der FDP ist, die in Berlin als Lobby-Mövenpick-Partei aktiv ist, wundert mich diese Verhaltensweise nicht.

Aber erklären Sie uns bitte in der gleich folgenden großen BIZ-Haushaltsrede nicht, wie die Stadt aus der schlimmen Haushaltslage kommen kann. Es gab von Ihnen keine Vorschläge und sie stimmen gegen Einnahmeverbesserungen im Haushalt aufgrund ihrer starken Hauseigentümerlobby.

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

diese Haushaltsrede wird meine letzte, ---

meine letzte Rede zu einem Haushalt gewesen sein, den Sie Herr Oberbürgermeister Schulte-Wissermann eingebracht haben. Wir alle haben zusammen mehr als 36 Stunden im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zolle ich Respekt, da Sie über die gesamte Dauer der Beratungen, die Sitzung aufmerksam geleitet, zu vielen einzelnen Themen profunde Auskünfte gegeben haben, sich für viele kleine und große Maßnahmen eingesetzt haben und dies ist eine Leistung, die auf eine schier unermüdliche Kondition schließen lassen.

Sie haben mir in einem persönlichen Schreiben geantwortet, dass Sie am Liebsten heimlich still und leise aus dem Amt ausscheiden wollen. So wollen Sie leider auch keinen eigenen Empfang, den die SPD zu Ihren Ehren ausgerichtet hätte. Aber ich erlaube mir hier an dieser Stelle, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren, dennoch meinen ausdrücklichen Dank für Ihr Wirken für unsere Heimatstadt auszusprechen und Ihnen noch viel Tatkraft in den letzten 71 Tagen, vor allem bei den vielen Spatenstichen oder Veranstaltungen wie gestern Abend die noch anstehen.

Und ab dem 1. Mai 2010 wünsche ich Ihnen viel Freude mit der neu gewonnenen Freizeit.

Sie werden mit Stolz auf Ihre Amtszeit zurück blicken können, Sie haben in den letzten 15 ½ Jahren viel bewegt. Wir Sozialdemokraten werden dies, anders als manche Karnevalsgesellschaft an Rosenmontag, nicht vergessen und auch gerne an Ihre und die Erfolge der SPD-Fraktion, erinnern. WIR standen immer an Ihrer Seite. Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister.

**Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2010 zustimmen, da wir uns der Verantwortung für diese Stadt bewusst sind und verantwortungsvoll handeln.**

Wenn einige kleine Fraktionen aufgrund besserer Schlagzeilen gegen den Haushalt stimmen, so ist doch zu hinterfragen: Was haben Sie zur Veränderung beigetragen. Ich verweise auf meinen Anfang der Rede und sage: Nichts!

Insofern hoffe ich auf die Schlagzeile:

**Verantwortungsbewusste Mehrheit stimmt für Haushalt 2010**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.